



**Landesdelegiertenkonferenz  
der  
Jusos Hamburg  
Juni 2024**



# Beschlussbuch



Nurgül Kahrman  
Die Landesgeschäftsführerin

<b>B1</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

## 1 Reform des deutschen Sozialversicherungssystems

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
3 Landesparteitag Hamburg und abermaligen Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD  
4 beschließen:

5

### 6 **Forderung:**

- 7 1. Jede in Deutschland lebende Person mit Einkommen soll verpflichtet werden, in die  
8 staatlichen Sozialversicherungen einzuzahlen. Jobs mit geringfügigen Einkommen  
9 (Minijobs) bleiben weiterhin sozialversicherungsfrei. Midijobs sollen wie bisher  
10 beitragspflichtig bleiben.
- 11 2. Die Beitragsmessungsgrenze ist die Obergrenze für das Einkommen, das für die  
12 Berechnung der Versicherungsbeiträge herangezogen wird. Diese Grenze soll für die  
13 Sozialversicherungen aufgehoben werden, um eine gerechtere Verteilung der  
14 Beitragslast zu ermöglichen.
- 15 3. Die prozentualen Beitragssätze sollen in angemessener Weise gesenkt werden,  
16 sodass finanziell schwächere Haushalte entlastet werden und zugleich sichergestellt  
17 wird, dass das Niveau der Sozialversicherungsabgaben in der Summe stabil bleibt.

### 18 **Begründung:**

19 Es ist nur gerecht, dass jeder in das Sozialsystem einzahlt, da alle Bürgerinnen und Bürger  
20 gleichermaßen von den Leistungen der Sozialversicherungen profitieren. Angestellte haben oft  
21 keine Wahlmöglichkeit, ob sie in private Versicherungen eintreten möchten oder nicht, was zu  
22 einer Ungleichheit führt, die vermieden werden muss. Die aktuelle Situation, in der  
23 wohlhabende Menschen mehr Rechte und Möglichkeiten im Sozialsystem haben, ist höchst  
24 ungerecht und assozial.

25 Es ist beobachtbar, dass viele wohlhabende Menschen erst im Alter erkennen, wie teuer private  
26 Versicherungen sind, und dann versuchen, wieder in die gesetzliche Krankenversicherung  
27 einzutreten. Oft haben sie jedoch kaum in die gesetzliche Krankenversicherung eingezahlt und  
28 profitieren dann von der solidarischen Gemeinschaft, ohne angemessen dazu beigetragen zu  
29 haben. Solche Fälle belasten unsere Sozialversicherungssysteme und müssen dringend  
30 adressiert werden.

31 Gleiches gilt für die Rentenversicherung, da der demografische Wandel zu einer sinkenden  
32 Anzahl von Beitragszahlern führt. Um die Renten stabil zu halten, sind wir auf die  
33 Beitragszahlungen der wohlhabenderen Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Jeder, der  
34 zusätzliche private Absicherung wünscht, soll diese weiterhin nutzen können, jedoch sollen die

35 Leistungen der Sozialversicherungen durch die erhöhten Einnahmen der Beitragszahler  
36 deutlich attraktiver gestaltet werden.

37 Es ist daher dringend erforderlich, das deutsche Sozialversicherungssystem zu reformieren, um  
38 eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten zu gewährleisten und die langfristige  
39 Stabilität der Sozialversicherungen sicherzustellen.

1

1

<b>B2</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Altona</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

## 1 **Wissen, ob der Bus kommt – ein planbarer Nahverkehr für alle!**

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD-  
4 Hamburg beschließen:

### 5 **Forderung:**

- 6
- 7 1. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass  
8 sogenannte Zielanzeiger an allen *Fähr- und* Bushaltestellen des HVV – insbesondere  
9 in den Stadtteilen ohne Schnellbahnanbindung – installiert werden.
  - 10 2. Darüber hinaus setzten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft für  
11 Folgendes ein: Die HVV-App soll die bereits verfügbaren Echtzeitdaten der Fahrzeuge  
12 erfassen und allen Benutzer\*innen zugänglich machen *und die Möglichkeit der*  
13 *Echtzeitdatenerfassung auf Fahren schaffen*, soweit noch nicht erfolgt.

### 14 **Begründung:**

15 Für die Verkehrswende brauchen alle, die vom Auto auf den ÖPNV umsteigen wollen,  
16 Planbarkeit. Aktuell ist diese aber kaum vorhanden: Morgens gehen viele zur Haltestelle,  
17 ohne vorher durch die HVV-App zu wissen, ob ihr Bus *oder ihre Fähre* pünktlich kommt. Und  
18 auch an der Haltestelle ist für viele nicht klar ersichtlich, wann der Bus *oder die Fähre* kommt.  
19 Eine gute Hilfe bieten hier die Zielanzeiger: Sie zeigen mit Echtzeitdaten an, wann und ob der  
20 Bus *oder die Fähre* abfahren wird. Dies erleichtert einem an der Haltestelle die Planbarkeit:  
21 Fallen zwei Busse aus? Dann ist vielleicht ein Spaziergang zur nächsten U- oder S-  
22 Bahnhofstestelle schneller. Kommt er erst in 15 Minuten? *Fällt die Fähre nur einmal aus, oder*  
23 *fährt die nächsten zwei Stunden nichts?* Dann ist das zwar ungünstig, aber alle an der  
24 Haltestelle können sich darauf einstellen. Dies ist besonders in Außenbezirken wichtig, wo die  
25 Auswahl an Verkehrsanbindungen oft nicht groß ist.  
26 In einigen Stadtteilen Hamburgs spielen Fährverbindungen eine wichtige Rolle im öffentlichen  
27 Nahverkehr. Die Fährhaltestellen sind für Pendler, Touristen und Einwohner, insbesondere in  
28 auf Finkenwerder, von großer Bedeutung. Durch die Einbeziehung von Fährhaltestellen in den  
29 Ausbau- und Modernisierungsplan tragen wir dazu bei, die Mobilität in diesen Regionen zu  
30 verbessern und eine gleichberechtigte Behandlung aller Verkehrsmittel zu gewährleisten.

<b>B3</b>	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Juso-Hochschulgruppe an der Uni Hamburg</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Meinungsfreiheit an der Uni gewährleisten – Hochschulisches Ordnungsrecht**  
2 **abschaffen!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung:**

8 Das hochschulische Ordnungsrecht soll ersatzlos aus dem Hamburger Hochschulgesetz  
9 (HmbHG) gestrichen werden. Dafür muss §42 Abs. 3 S. 3 gestrichen werden.

10 **Begründung:**

11 Universitäten und Hochschulen sind schon immer Orte gewesen, an denen streitbare  
12 Positionen diskutiert werden. Meinungen und deren Äußerung sollen in diesen Rahmen auch  
13 gesellschaftlichen Konsens verlassen dürfen, um so auch Gesellschaftliche Weiterentwicklung  
14 zu ermöglichen. Dem steht das Ordnungsrecht entgegen. Es ermöglicht der Universität, in  
15 eigenem Ermessen Studierende aus der Universität zu exmatrikulieren, wenn diese der  
16 Hochschule schuldhaft schweren Schaden zugefügt haben. Darunter fallen laut  
17 Gesetzeskommentar (Neukirchen, Reußow, Schomburg et al, 2017) auch „[...] Störungen des  
18 ordnungsmäßigen Betriebs von einigem Gewicht.“ Hierunter ließen sich auch Formen des  
19 etablierten studentischen Protestes wie z.B. Hörsaalbesetzungen fassen.

20 Gerade an Universitäten und Hochschulen, an denen unter anderem durch Prekarisierung,  
21 Zeitverträge, und die gesetzliche Struktur der universitären Selbstverwaltung Studierenden  
22 der Aufstieg in eine Akademische Machtposition schwer gemacht wird, ist es wichtig, dass  
23 Protest von Studierenden möglich ist, auch wenn es sich um Formen des zivilen  
24 Ungehorsams handelt. Nur so können Studierende eine starke Verhandlungsposition  
25 gegenüber der Universität einnehmen.

26 Engagement von Studierenden an der Uni darf nicht durch die Macht eines Ausschusses der  
27 Universität unter Druck geraten. Für Rechtsprechung ist in Deutschland die Justiz zuständig.  
28 Sollte es zu Vorfällen kommen, die Strafrechtlich relevant sind, ist es nicht die Aufgabe von  
29 Universitäten und Hochschulen, diese zu ahnden, sondern Aufgabe der Justiz. Anderenfalls  
30 besteht die Gefahr, dass der Korridor der Meinungsfreiheit gerade dort eingeschränkt wird, wo  
31 herrschende Strukturen, Normen und Machtverhältnisse hinterfragt werden können und sollen.

<b>B4</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Fuhlsbüttel-Langenhorn</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Schulische Ausbildungen sozialverträglich machen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Praxiszeit in der  
9 schulischen Ausbildung zum\*zur sozialpädagogischen Assistent\*in und zum\*zur chemisch-  
10 technischen Assistent\*in mit Mindestlohn vergütet wird. Außerdem soll während dem  
11 schulischen Teil der Ausbildung eine Vergütung, mindestens in Höhe der  
12 Mindestausbildungsvergütung gezahlt werden.

13

14 **Begründung:**

15

16 Aktuell werden schulische Ausbildungen zum SPA oder CTA nicht vergütet, obwohl die  
17 Auszubildenden in ihrer Schulzeit arbeiten (gängig sind 13 Wochenstunden). Diese Tatsache  
18 trägt dazu bei, dass für die Ausbildung eine sozioökonomische Hürde kreiert wird. Das  
19 Ausbildungs-BAföG fällt für diese schulischen Ausbildungen so enorm gering aus, dass es für  
20 viele Auszubildende zum Alltag gehört neben ihrer Ausbildung noch arbeiten zu gehen. Wir  
21 Jusos fordern auf Bundesebene schon jetzt Mindestlohn für Auszubildende, in Hamburg sollten  
22 wir auch nochmal den Extraschritt gehen und diese Forderung auf Auszubildende an  
23 Hamburger Berufsschulen ausweiten.

<b>B5</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Juso-Hochschulgruppe an der Universität Hamburg, Juso-Hochschulgruppe an der Bucerius-Law-School, Juso-Hochschulgruppe an der HafenCity-Universität</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

## 1 **Bedarfsgerechter Defizitausgleich für das Studierendenwerk**

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Kenntnissgabe an den  
4 Parteivorstand der SPD Hamburg, die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die Senatsmitglieder  
5 der SPD beschließen:

### 7 **Forderung:**

8 Die sozialdemokratischen Mitglieder in Bürgerschaft und Senat sowie der Parteivorstand  
9 mögen sich dafür einsetzen, dass der Jahreszuschuss zum Haushalt des Studierendenwerkes  
10 Hamburg entsprechend den Preissteigerungen im Konsumbereich seit 2021 erhöht wird.  
11 Weiterhin möge diese inflationsgebundene Anpassung dynamisiert werden.

### 12 **Begründung:**

13 Für das Haushaltsjahr 2025 berechnet das Studierendenwerk Hamburg ein Defizit von 4 bis 5  
14 Millionen Euro. Um dieses Defizit auszugleichen, wird derzeit geplant die Beiträge der  
15 Studierenden innerhalb von 2 Jahren um insgesamt 2.288.000 Euro, pro Student\*in um 32  
16 Euro, zu erhöhen und die Essenspreise merklich anzuheben.

17 Infolge von Corona-Pandemie-bedingten Jobverlusten und Inflation hat sich die soziale Lage  
18 der Studierenden in den letzten Jahren weiter verschlechtert. 76,1% aller nicht bei ihren Eltern  
19 lebenden Studierenden gelten nach einer Studie des Deutschen Studierendenwerks als  
20 armutsgefährdet, insbesondere in Hamburg sind die hohen Lebenshaltungskosten für viele  
21 Studierende kaum zu bewältigen. Der Anteil an Studierenden aus Nichtakademikerhaushalten  
22 nahm wohl auch infolgedessen zuletzt ab.

23 Neben rechtlichen Ansprüchen müssen insbesondere die tatsächlichen Bedingungen  
24 geschaffen werden, um Menschen einen freien Zugang zu Bildung zu verschaffen. Die  
25 Abschaffung der Hochschulgebühren war einer der Meilensteine sozialdemokratischer  
26 Regierungspolitik in Hamburg. Diesen Erfolg dürfen wir nicht durch eine Umlage der inflations-  
27 und tarifsteigerungsbedingten gestiegenen Finanzierungsbedarfe auf die häufig neben dem  
28 Studium mindestlohnnahe beschäftigten Studierenden gefährden.

29 Schon länger befindet sich das Studierendenwerk Hamburg in einer prekären finanziellen Lage.  
30 Bereits jetzt hat das Studierendenwerk Angebote eingeschränkt und gastronomische Angebote  
31 an kleineren Standorten eingestellt.  
32 Während der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise wurden die erheblich gesunkenen  
33 Einnahmen aus der Gastronomie und die Preissteigerungen teilweise durch die Stadt  
34 ausgeglichen. Dieser Ausgleich läuft nun aus. Die inflationsbedingten Mehrbedarfe bestehen  
35 aber fort und steigern sich weiter.

<b>B6</b>	Antragsteller*in:	JSAG
	Beschluss:	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

## **Berufs- und Studienorientierung stärken!**

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
2 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### **Forderung:**

- 3 1. Die Universität Hamburg, die technische Universität Hamburg, die Hochschule für Musik  
4 und Theater, die Hafencity Universität, sowie perspektivisch weitere Universitäten wird  
5 in Zusammenarbeit mit dem Land Hamburg einen jährlichen „Unitag“ etablieren, der die  
6 folgenden Voraussetzungen erfüllt:
  - 7 a. Die Hamburger Schulen werden verpflichtet, Schüler\*innen der 11./12. Klasse an  
8 Gymnasien und Schüler\*innen 12./13. Klasse an Stadtteilschulen, die Teilnahme am  
9 Unitag zu ermöglichen.
- 10  
11 2. Die Berufsorientierung in der Schulzeit wird wie folgt gestärkt:
  - 12 a. An allen weiterführenden Regelschulen müssen zwei verpflichtende Praktika in der  
13 Mittelstufe im Umfang von insgesamt fünf Wochen, bzw. 25 Schultagen  
14 stattfinden. Die Schulen koordinieren die Zeiten dieser Praktiken einheitlich für die  
15 Schüler\*innenschaft.
  - 16 b. Zudem soll ein weiteres verpflichtendes dreiwöchiges Praktikum in der Studienstufe  
17 eingerichtet werden.
- 18  
19 3. Zugunsten der Teilnahme an einem Bewerbungsgespräch sind Schüler\*innen ab der  
20 siebten Klasse ausnahmslos vom Unterricht freizustellen, ohne die Verpflichtung dazu,  
21 den Unterricht oder seinen Inhalt nachzuholen.
- 22  
23 4. Über den Unitag hinaus werden weitere Formate der Berufsorientierung wie etwa  
24 Berufsmessen innerhalb der Schulzeit verstärkt gefördert. Die Teilnahme hieran soll für  
25 Schüler\*innen zur Norm werden. Darauf ist aktiv hinzuwirken.
- 26  
27 5. Außerdem soll im Rahmen der schulischen Berufsorientierung intensiv über  
28 Berufsausbildungen inklusive möglicher Fortbildungswege, mit Abschlüssen, die einem  
29 Bachelor oder Master gleichwertig sind, aufgeklärt werden.

### **Begründung:**

31  
32  
33 „Welche Ausbildung möchtest du machen?“ oder „Wenn du jetzt fertig bist mit dem Abi, was  
34 willst du dann eigentlich machen?“ oder „Wie sieht es aus; Weißt du schon, ob es eine  
35 Ausbildung oder ein Studium sein soll?“ sind Fragen, die die meisten Abiturient\*innen oder  
36 Schulabsolvent\*innen vor, während und nach ihrem jeweiligen Schulabschluss gestellt  
37 bekommen. Viele wissen darauf keine Antwort und sind unsicher, wie es nach der Schule



38 weitergehen soll. Diese Unsicherheit ist ein zentraler Faktor des Phänomens, dass viele junge  
39 Menschen nach ihrer Schullaufbahn erstmal ein FSJ oder „Work and Travel“ machen, um Zeit  
40 zu überbrücken und sich Gedanken über ihre Zukunft zu machen. Zu viele andere haben jedoch  
41 nicht das Glück der finanziellen Sicherheit, die so eine Erfahrung oder ein Gap Year im  
42 Allgemeinen überhaupt erst ermöglicht. Viele müssen gar ihre Familie direkt selbst finanziell  
43 unterstützen. So stürzen sie sich in die erstbeste Ausbildung oder einen Job, ohne wirklich zu  
44 wissen, ob ihnen diese oder dieser gefällt. Aus vielen dieser Entscheidungen folgt dann meist  
45 eine lange Arbeitslaufbahn, die die ehemaligen Schüler\*innen im besten Fall nicht erfüllt und  
46 bei ihnen im schlechtesten Fall für prekäre Lebensbedingungen sorgt. Diese Unsicherheit und  
47 dieses Unwissen lassen sich jedoch nicht auf die einzelnen schlechten Entscheidungen der  
48 Personen oder ihre mangelnde Motivation, sich zu informieren, zurückführen. Die Schule  
49 unterstützt die Schüler\*innen noch zu wenig in ihrer Interessens-, Berufs- und  
50 Studienorientierung, bietet somit aber auch große Potenziale. So braucht es verstärkt  
51 praxisorientierte Berufs- und Studienorientierung mit mehr Zeit für Praktika und dem Unitag als  
52 etabliertem Event. Eine gute Berufs- und Studienorientierung in einer Schule, die ihre  
53 Schüler\*innen unterstützt, muss zum Standard werden.

<b>B7</b>	Antragsteller*in:	Jusos Barmbek
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

## 1 **Extremismus an Hamburger Schulen bekämpfen - Politische Bildung** 2 **in der Sekundarstufe ausbauen**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### 6 **Forderung:**

7  
8  
9 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder  
10 des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die politische Bildung an  
11 Hamburger Schulen in der Sekundarstufe 1 erweitert und gestärkt wird, um die demokratischen  
12 und rechtlichen Grundsätze der Bundesrepublik zu verinnerlichen und den Extremismus  
13 insbesondere Rechtsextremismus bekämpfen.  
14 Zu diesem Zweck sollen folgende Punkte zur Umsetzung von der BSB geprüft werden:

- 15  
16 1. An Hamburger Schulen wird der Unterricht zum Themenbereich Politik und  
17 Gesellschaft auf die gesamte erste Sekundarstufe ausgeweitet.  
18 Dieser Unterricht muss mindestens ab Klasse 7 in einem festen Unterrichtsfach  
19 vorliegen und wird unterstützt durch eine Erhöhung der Mindeststundenanzahl der  
20 Gesellschaftswissenschaften von 18 Stunden auf 22 Stunden. Davor müssen diese  
21 Unterrichtseinheiten in weiteren Fächern in den Unterricht integriert werden.  
22
- 23 2. Die Lehrkräfte erhalten für ihren Unterricht von der Schulbehörde passende Materialien  
24 für eine aktive Aufklärung gegen extremistisches Gedankengut.  
25
- 26 3. Die Schulbehörde stellt den Lehrkräften Workshops und Fortbildungen zum Thema  
27 Umgang mit und Aufklärung zu Extremismus zur Verfügung.  
28
- 29 4. Die Lehrkräfte werden durch Expert\*innen bei dem Umgang mit extremistischem  
30 Gedankengut an ihren Schulen aktiv unterstützt und diese Spezialist\*innen werden  
31 gegebenenfalls auch bei schweren Fällen direkt an den Schulen mit eingebunden.  
32 Dazu schafft die Behörde gegebenenfalls neue Stellen.  
33
- 34 5. Es werden Bildungstage oder eine Projektwoche zum Thema Extremismus  
35 verpflichtend einmal in der Schullaufbahn abgehalten.  
36 Diese müssen eine Auseinandersetzung mit den Folgen und Auswirkungen von  
37 Extremismus beinhalten aber auch der Erkennung, Verbreitung und der Gefährlichkeit  
38 der Weiterverbreitung beinhalten. Diese Einheiten können in Kongruenz zu den  
39 Bildungsmaßnahmen zu den Sozialen Netzwerken erfolgen und müssen vor allem auf  
40 die Demokratiebildung der Schüler\*innen fokussiert sein.  
41

42 **Begründung:**

43

44 In Deutschland stiegen die Prozente von extremistischen Parteien in den letzten Monaten, auch  
45 in Hamburg hatte die AfD zeitweise 13 % und in anderen Ländern kratzten sie die 40 % schon  
46 an. Daher ist vor allem jetzt wieder eine starke Prävention und Aufklärung zum Thema  
47 Extremismus fundamental für unsere Demokratie. Doch diese ist auch nach 75 Jahren  
48 Grundgesetz nicht ausreichend gewährleistet, die AfD erzielt Spitzenwerte bei Jugendlichen  
49 und kann sogar hier in Hamburg Teile der Jugend mobilisieren. Wieso wissen die Schüler\*innen  
50 also nicht über die Gefahren des Extremismus Bescheid und wieso wird das Thema an  
51 Hamburger Schulen nur sehr kurz, wenn überhaupt, unterrichtet?  
52 Eines steht fest, es muss sich auf jeden Fall ändern!

53

54 Daher fordern wir die Ausweitung der Unterrichtseinheiten und die Integrierungen von  
55 politischen und gesellschaftlichen Themen in den Schulalltag, um bereits die jüngeren  
56 Jahrgänge der Sekundarstufe 1 politisch und gesellschaftlich zu bilden. Dafür soll ein eigenes  
57 Fach ab Klasse 7 verpflichtend in die Stundentafeln aufgenommen werden und davor die  
58 Themenkomplexe in den anderen Fächern integriert werden. Damit soll dem Fachbereich ein  
59 größerer Spielraum zur allgemeinen politischen Bildung gegeben werden aber auch die  
60 Möglichkeit gegeben werden, das Thema Extremismus zu behandeln, welches in der aktuellen  
61 Situation aufgrund zu geringer Stundenkapazitäten nicht wirklich behandelt werden kann. Um  
62 aber auch dem Risiko vorzubeugen, dass von anderen Gesellschaftswissenschaften Stunden  
63 genommen werden, fordern wir dazu auch eine Erhöhung der Mindeststundenanzahl für den  
64 Bereich Gesellschaftswissenschaften um 4 Stunden, also von 18 Stunden auf 22 Stunden.  
65 Auch soll die Schulbehörde dafür zusätzlich ausreichend Materialien für eine gute  
66 Unterrichtsgestaltung zu den Themen Aufklärung, Umgang und vor allem Erkennen von  
67 extremistischen Bestrebungen zur Verfügung stellen. Zusätzlich muss aber auch dem  
68 Extremismus an Schulen aktiv entgegengewirkt werden, indem die Lehrkräfte durch  
69 Fortbildungen den korrekten Umgang mit extremistischen Vorfällen an ihren Schulen erlernen,  
70 aber auch die unterstützenden Möglichkeiten der Behörde kennenlernen. Diese sollen aus  
71 Spezialist\*innen auf diesem Themenbereich bestehen, welche die Lehrkräfte bei solchen Fällen  
72 beraten und bei problematischen Fällen auch selbst an den Schulen aktiv werden. Um diese  
73 Strukturen weiter zu ergänzen und zu bestärken, fordern wir des Weiteren eine Projektwoche  
74 oder mehrere Bildungstage, die sich mit dem Thema Extremismus und Demokratieförderung  
75 beschäftigen und mindestens einmal in der Schullaufbahn durchlaufen werden müssen. Diese  
76 Woche oder diese Tage müssen sich intensiv mit den Bestandteilen des Extremismus  
77 auseinandersetzen und sollen unter anderem Folgen und Auswirkungen thematisieren aber  
78 auch die Erkennung, Verbreitung und die Gefährlichkeit der Verbreitung erläutern, um den  
79 Schüler\*innen in ihrem Demokratieverständnis mehr Informationen zu gewährleisten, damit  
80 diese verstehen, was die Demokratie so einzigartig macht.

1

<b>B8</b>	Antragsteller*in:	Jusos Barmbek
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

## 1 Entlastung engagierter Schüler\*innen - Unterstützung von sozialem 2 Engagement

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg soll bei anschließender Weiterleitung an  
5 den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### 6 **Forderung:**

7  
8  
9 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder  
10 des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass engagierte Schüler\*innen an  
11 hamburgischen Schulen durch Verständnis und Unterstützung der Lehrkräfte entlastet werden  
12 können.

13  
14  
15 1. Die Förderung von außerschulischem oder innerschulischem Engagement wird durch  
16 die Lehrkräfte unterstützt:

- 17  
18 • Die Lehrer\*innen verlängern die Fristen von abzugebenden Hausaufgaben oder  
19 Leistungen bei stichhaltigen und bewiesenen Begründungen.
- 20 • Sie erleichtern den Schüler\*innen die Freistellung vom Unterricht bei schulischen  
21 und außerschulischen Veranstaltungen, welche soziale, bildende oder  
22 zivilgesellschaftliche Zwecke haben.

23  
24 2. Die Lehrkräfte sind dazu verpflichtet bei Schüler\*innen aufgrund außerschulischer  
25 Veranstaltungen, den Schüler\*innen bei Absegnen der Begründung durch ein Mitglied  
26 der Schulleitung oder der Klassenleitung eine Freistellung auszustellen.  
27 Bei schulischen und angemeldeten außerschulischen Veranstaltungen sind die  
28 Lehrer\*innen dazu verpflichtet, fehlende Unterrichtsstunden zu entschuldigen.

29  
30 3. Schulsprecher\*innen werden bedarfsgerecht, kurzfristig und unbürokratisch zur  
31 Bearbeitung und Erfüllung ihrer Pflichten folgend unterstützt:

- 32  
33 • Allen Schulsprecher\*innen werden für ihre Aufgaben ein digitales Endgerät wie  
34 Laptop oder Tablet zur Verfügung gestellt
- 35 • Ihnen wird von der Schule dafür ein WLAN-Zugang zugesprochen
- 36 • Ihnen wird zur Erfüllung ihrer Pflichten bei Möglichkeit ein eigener Raum zur  
37 Verfügung gestellt, wenn nicht möglich, ein Anrecht zur Nutzung eines Raumes

38  
39 4. Diese Forderungen, insbesondere die die Aufgabe der Schulen, die Schüler\*innen aktiv  
40 in ihrem inner- und außerschulischen Engagement in der Schulzeit zu unterstützen,  
41 werden in das Hamburgische Schulgesetz eingearbeitet.  
42

43

44 **Begründung:**

45

46 Schulisches oder außerschulisches Engagement jeglicher Art sind heute wichtiger denn je und  
47 wir müssen vor allem im jungen Alter zivilgesellschaftliches Engagement fördern. Doch in vielen  
48 Schulen sind auch heute noch viele Lehrkräfte nur auf ihren Unterricht fokussiert und verlieren  
49 die Sicht für das Große und Ganze.

50

51 Das muss enden!

52

53 Zur Allgemeinbildung der Schüler\*innen muss endlich auch das zivilgesellschaftliche und  
54 soziale Engagement aber auch das außerschulische Lernen zählen und gestärkt werden. Dafür  
55 sollen Lehrkräfte nun verpflichtet werden, dieses Engagement auch zu unterstützen oder zu  
56 akzeptieren, indem sie es nun nicht mehr verwehren dürfen, da sie dazu verpflichtet wären,  
57 ihren Schüler\*innen bei stichhaltigen Begründungen eine Freistellung auszustellen. Diese  
58 außerschulischen Erfahrungen sind wichtig für das Demokratieverständnis und die Integration  
59 in die Gesellschaft, zwei Kernelemente, welche die Schulen lehren sollen, um aus der  
60 heranwachsenden Generation unabhängige, soziale und wortgewandte Menschen zu machen.  
61 Darüber hinaus muss auch die Arbeit an den Schulen anerkannt werden, indem die  
62 Schulsprecher\*innen, die höchste Schüler\*innenvertretung, ebenfalls mit modernen und  
63 nutzbaren Arbeitsmitteln ausgestattet wird, um ihre Aufgaben und Pflichten besser erfüllen zu  
64 können. Aktuell werden diesen engagierten Schüler\*innen in allen Bereichen Steine von  
65 ignoranten Lehrkräften in den Weg gelegt, die das eigentliche Ziel der Schulbildung aus den  
66 Augen verloren haben. Um diese Schüler\*innenvertretung zu stärken und das Engagement der  
67 Schüler\*innen auch nicht mehr mit Hindernissen zu bestrafen, muss eine klare Verpflichtung  
68 die Lehrkräfte anweisen, dieses Engagement zu akzeptieren und sich vielleicht auch langfristig  
69 mit den Aktivitäten der Schüler\*innen auseinanderzusetzen, was eine Kehrtwende in dem  
70 schulischen Denken der Erwachsenen erzeugen könnte und das Engagement in der Jugend  
71 populärer machen könnte. Daher müssen diese Forderungen in das Hamburgische  
72 Schulgesetz eingearbeitet werden, um diese Schüler\*innen nun auch für ihr Engagement zu  
73 unterstützen.

<b>B9</b>	Antragsteller*in:	Jusos Barmbek
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **TeenSTAR verbieten! Kein religiös geprägter Sexualkundeunterricht**  
2 **an Schulen**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:  
6

7 **Forderung:**

8  
9 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
10 dazu aufgefordert zu prüfen, ob

- 11 • Verboten werden kann, dass der Verein TeenSTAR Deutschland e.V. an Hamburger  
12 Schulen Bildungsangebote durchführt.
- 13 • Verboten werden kann, dass der Verein TeenSTAR Deutschland e.V. in Hamburger  
14 Schulen Werbung machen kann.

15  
16 **Begründung:**

17  
18 TeenSTAR Deutschland e.V. hat seine Wurzeln im internationalen TeenSTAR-Programm, das  
19 in den 1980er-Jahren in den USA entwickelt wurde. Das Akronym "TeenSTAR" steht für  
20 "Sexuality Teaching in the context of Adult Responsibility" (Sexualitätsunterricht im Kontext  
21 erwachsener Verantwortung). Das Programm wurde von Dr. Hanna Klaus (Gynäkologin und  
22 christliche Missionarin) ins Leben gerufen und zielt nach eigenen Angaben darauf ab, eine  
23 umfassende Sexualerziehung anzubieten, die biologische, emotionale und ethische Aspekte  
24 berücksichtigt.

25  
26 In Deutschland wurde TeenSTAR durch Dr. med. Elisabeth Heinemann und den Verein  
27 TeenSTAR Deutschland e.V. eingeführt. Der Verein arbeitet eng mit Schulen, Gemeinden und  
28 anderen Organisationen zusammen, um seine Programme anzubieten und Jugendliche sowie  
29 Erwachsene zu erreichen. Sie bieten Kurse, Workshops und Schulungen für Lehrkräfte, Eltern  
30 und Jugendliche an.

31  
32 Das Problem an dem Verein und seinen Inhalten: ein einseitiges, religiös geprägtes Weltbild,  
33 das sich offen gegen sexuelle Vielfalt stellt. In einer Broschüre des Vereins heißt es: „Wegen  
34 der Anatomie der Geschlechtsorgane würden Mann und Frau zusammenpassen wie Schloss  
35 und Schlüssel“<sup>1</sup>. Weiter heißt es: „Vor allem sollte man sich nicht darauf festlegen oder meinen,  
36 man sei jetzt schwul oder lesbisch“<sup>2</sup> In einem Interview des BR spricht sich die Vorsitzende von  
37 TeenSTAR Deutschland e.V. gegen ein Coming-out von Jugendlichen aus. Sie begründet das

---

<sup>1</sup> Chernobylskaya, Mayya; Wörz, Simon: Fragwürdige Sexualaufklärung an Schulen, in: Tagesschau.de,  
<https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/teenstar-sexualaufklaerung-schule-verein-100.html>

<sup>2</sup> Chernobylskaya, Mayya; Wörz, Simon: Fragwürdige Sexualaufklärung an Schulen, in: Tagesschau.de,  
<https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/teenstar-sexualaufklaerung-schule-verein-100.html>

38 mit der sexuellen Fluidität in der Zeit als Jugendlicher, die "wissenschaftlich schon längst erklärt"  
39 sei.<sup>3</sup>

40

41 Vor der traditionell und einseitig geprägten Darstellung warnt unter anderem der Psychologe  
42 Christopher Knoll. Dadurch, dass der Verein mit solchen Inhalten an deutschen Schulen  
43 Lehraufträge wahrnimmt, würde Homosexualität bei Jugendlichen unsichtbar gemacht.  
44 Christoph Knoll sagt weiter: „Wir erleben das als Therapeuten tagtäglich in den Erzählungen  
45 von Erwachsenen, die sich ihr ganzes Leben mit einer schwierigen Sexualität herumschlagen  
46 und die immer in sexualfeindlichem Boden wurzelt.“<sup>4</sup>

47

48 Die Vorwürfe gegen TeenSTAR Deutschland e.V. sind nicht neu. Bereits im Jahr 2018  
49 veröffentlichte ein österreichisches Magazin Schulungsunterlagen, in denen Homosexualität als  
50 therapierbar bezeichnet wird. Im Sommer 2022 hat das zuständige Schulamt in Bayern einen  
51 "Teenstar"-Kurs an einer Grundschule im Landkreis Regensburg abgebrochen.

52

53 Wir sind der festen Überzeugung, dass solche Überzeugungen nicht mit einer freiheitlichen  
54 Demokratie und den Grundwerten des Grundgesetzes vereinbar sind und ein solcher Verein  
55 nicht an deutschen Schulen, Kinder und Jugendliche unterrichten sollte.

1

---

<sup>3</sup> Chernobylskaya, Mayya; Wörz, Simon: Fragwürdige Sexuaufklärung an Schulen, in: Tagesschau.de,  
<https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/teenstar-sexualaufklaerung-schule-verein-100.html>

<sup>4</sup> Chernobylskaya, Mayya; Wörz, Simon: Fragwürdige Sexuaufklärung an Schulen, in: Tagesschau.de,  
<https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/teenstar-sexualaufklaerung-schule-verein-100.html>

<b>B10</b>	Antragsteller*in:	Jusos Barmbek
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **Barrierefreien ÖPNV hörbar machen – akustische Informationen für**  
2 **den ÖPNV**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6  
7 **Forderung:**

8  
9 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
10 dazu aufgefordert, sich aktiv für die Entwicklung eines Konzepts für die Hamburger  
11 Verkehrsunternehmen einzusetzen, das visuelle Informationen akustisch zugänglich macht.

12  
13 Insbesondere soll sich dafür eingesetzt werden, dass:

- 14 • Ansagen eingeführt werden, welche U-Bahn am Bahnsteig eingefahren ist und in welche  
15 Richtung sie fährt (vergleichbar der Praxis bei der S-Bahn).
- 16 • An größeren Bushaltestellen mit mehreren Linien Ansagen eingeführt werden, welcher  
17 Bus eingefahren ist und in welche Richtung er fährt.
- 18 • Die Signaltöne der S-Bahn Hamburg sind auf ihre Ausführungen auf Neurodivergente  
19 Personen und Schmerzpatient\*innen zu prüfen.
- 20 • In jedem Linienbus soll die kommende Haltestelle verpflichtend akustisch angesagt  
21 werden.

22  
23  
24 **Begründung:**

25  
26 Es ist von grundlegender Bedeutung, dass der öffentliche Personennahverkehr für alle  
27 Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten oder  
28 Einschränkungen. Durch die Umwandlung visueller Informationen in akustische Signale werden  
29 sehbehinderte und blinde Menschen in die Lage versetzt, die gleichen Informationen zu  
30 erhalten wie sehende Passagiere.

31  
32 Die Bereitstellung akustischer Informationen ermöglicht es sehbehinderten Passagieren, sich  
33 sicher und selbstständig im öffentlichen Nahverkehr zu bewegen. Sie können relevante  
34 Informationen wie Haltestellenansagen, Fahrplanänderungen und Warnhinweise wahrnehmen,  
35 was ihre Orientierung und Sicherheit erheblich verbessert.

36  
37 Durch die Schaffung eines barrierefreien und inklusiven Verkehrssystems zeigen die  
38 Hamburger Verkehrsunternehmen ihr Engagement für die Bedürfnisse aller Fahrgäste. Dies  
39 stärkt nicht nur das Image des HVV, sondern fördert auch die Kundenzufriedenheit und  
40 Kundenbindung.



<b>B11</b>	Antragsteller*in:	Jusos Wandsbek
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **„Jugend vor! Gleicher Lohn für junge Menschen – Schluss mit billigen**  
2 **Taschengeldjobs!“**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung**

8

9 Die SPD Hamburg soll darauf hinwirken, dass für Arbeitnehmer\*innen unter 18 Jahren der  
10 Mindestlohn in der gleichen Höhe wie für volljährige Arbeitnehmer\*innen gilt.

11 Hierfür soll das Mindestlohngesetz dahingehend geändert werden.

12

13 **Begründung**

14

15 Taschengeldjobs, Ferienjobs oder auch Minijobs; diese Jobs benötigen selten eine  
16 weitreichende Qualifizierung und können sowohl von Jugendlichen als auch von Volljährigen  
17 ausgeübt werden.

18 In der Bezahlung lässt sich diese gleiche Voraussetzung nicht wiederfinden.

19 Während für volljährige Personen der Mindestlohn gilt, welcher sie als Arbeitnehmer\*innen  
20 schützt, haben die jüngsten Arbeitnehmer\*innen diesen Schutz nicht.

21 Ob es der Pfandflaschenjob für 7,50€ pro Stunde bei Edeka oder der 8€ pro Stunde Job bei  
22 einem anderen Großkonzern ist: Die jüngsten werden systematisch ausgenutzt. Sie bekommen  
23 für die gleiche Arbeit weniger Geld und haben gar keinen Mindestlohnanspruch.

24

25 In einer Realität, in der Jugendliche teilweise den Haushalt der Familien mittragen oder der  
26 Wunsch nach Selbstständigkeit bei Heranwachsenden erstarkt, ist eine fehlende Regulierung  
27 auch in Hinblick auf wirtschaftliche Herausforderungen wie die Inflation fahrlässig.

28 Als Verband, der für faire Arbeit und fairen Lohn eintreten möchte, sollten wir diesen Missstand  
29 umgehend beheben.

<b>B12</b>	Antragsteller:in:	Jusos Hamm-Borgfelde
	Beschluss:	Annahme

30

1

## Grünpfeile für den Radverkehr

2

3

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4

5

6

### **Forderung:**

7

8

9

10

Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass an allen Kreuzungen in Hamburg geprüft wird, ob das Verkehrszeichen 721 (Grünpfeilschild mit Beschränkung an den Radverkehr) angebracht werden kann. Nach bestandener Prüfung wird das Verkehrszeichen an passenden Kreuzungen angeordnet.

11

### **Begründung:**

12

13

14

Das seit 2021 bestehende Verkehrszeichen wurde in Hamburg nur in den Bezirken Altona und Wandsbek eingeführt (Stand August 2023). Die Nutzung des Verkehrsschildes würde den Radverkehr attraktiver machen und eine StVO-konforme und sichere Fahrweise begünstigen.

<b>B13</b>	Antragsteller*in:	Jusos Billstedt
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **Schulbusbeförderungen für alle Kinder mit Behinderungen in ganz**  
2 **Hamburg**

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6  
7 **Forderung:**

8  
9 I. Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die  
10 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, dass ein  
11 konkreter Anspruch auf Schulbeförderung im gesamten Netzgebietes vom  
12 Hamburger Verkehrsverbandes (HVV) für Kinder mit Behinderungen – bei denen  
13 ein sonderpädagogischer Bedarf festgestellt ist – kodifiziert wird.

14  
15 Dies beinhaltet:

16  
17 1. Eine Ergänzung des Hamburgischen Schulgesetzes beispielsweise in  
18 der Verabschiedung eines § 12a (Schulbeförderungen für Schülerinnen  
19 und Schülern mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf) HmbSG

20  
21 2. Ziffer 4.2.1. der Bestimmungen über Schulweghilfe für behinderte  
22 Schülerinnen und Schüler (Schulweghilfebestimmungen) soll geändert  
23 werden. Die Schulweghilfe soll innerhalb des im gesamten Netzgebietes  
24 vom Hamburger Verkehrsverbandes (HVV) zur Verfügung gestellt  
25 werden und nicht nur auf das Einzugsgebiet der Sonderschule beschränkt  
26 sein. Das Ermessen soll reduziert werden.

27  
28 II. Die SPD-Fraktionen der Hamburgischen Bezirksversammlungen setzen sich  
29 dafür ein, dass die Listen der Einzugsbereiche für staatliche und staatlich  
30 anerkannte private Sonderschulen in Hamburg für die Gewährung von  
31 Schulweghilfe auf den Stand von 2024 aktualisiert und neu erstellt wird. Die  
32 Einzugsbiere müssen der demographischen Entwicklung der Freien und  
33 Hansestadt Hamburg entsprechen.

34  
35 **Begründung:**

36  
37 Eltern von Kindern mit Behinderungen haben nicht nur Schwierigkeiten mit der Suche  
38 nach der passenden Schule für ihre Kinder, die auf besondere Betreuung und  
39 Förderung angewiesen sind. Für die betroffenen Eltern ist es ebenso schwierig ihre  
40 Kinder jeden Tag zur passenden Schule zu bringen, die im Unglücksfall mehrere

41 Kilometer von dem eigenen Zuhause entfernt ist und man dazu noch  
42 kein Fahrzeug hat, mit dem man das Kind fahren kann. Ist man krankheitsbedingt nicht  
43 mobil oder hat man mit kompromisslosen Arbeitszeiten zu kämpfen, bedeutet dies für  
44 die Familie eine zusätzliche Belastung. Der Staat hat dafür die Möglichkeit einer  
45 Beförderung der Schülerinnen und Schüler mit einem Schulbus bereitgestellt, sofern  
46 ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden kann. Was in der Theorie  
47 großartig klingt, bleibt für viele Familien gleichwohl bloße Wunschvorstellung. Nach  
48 derzeitiger Rechtslage handelt es sich bei der Schulweghilfe zu Privatschulen  
49 grundsätzlich um eine freiwillige Leistung, welche im Rahmen des in den  
50 Schulwegbestimmungen festgelegten Ermessens bewilligt wird. Die Schulen machen  
51 es sich dadurch einfach und beschränken diese freiwillige Leistung gerne auf die  
52 jeweiligen Einzugsgebiete. Was rechtlich zwar zulässig ist, bringt viele Familien in  
53 Hamburg in Bedrängnis. Ob aufgrund fehlenden Personals, mangelnder Qualifikation  
54 oder schlicht Knappheit an Kapazitäten: die meisten Schulen reagieren verhalten auf  
55 Anfrage eines freien Schulplatzes für ein Kind mit Behinderungen, welches besondere  
56 Betreuung und eingehender Förderung bedarf. Wohnt die Familie nicht im  
57 Einzugsgebiet fällt im Regelfall eine Beförderung mit Schulbus – ganz gleich, ob ein  
58 Förderbedarf festgestellt ist – weg.

59 So orientiert sich beispielsweise die Bugenhagenschule in Alsterdorf kompromisslos an  
60 der Liste der Einzugsgebiete. Nach einem Austausch mit verärgerten Familien stellte  
61 sich heraus, dass die Liste der Einzugsgebiete noch mit der Schreibmaschine im Jahr  
62 1996 erstellt wurde. Es sind mittlerweile 28 Jahre vergangen, seitdem die Liste erstellt  
63 wurde anhand derer Schulen wie die Bugenhagenschule bestimmen, wessen Familien  
64 man den Luxus bieten möchte Kinder mit Behinderungen zur Schule zu fahren und  
65 welche Familien sich eine andere Schule suchen können oder sich selbst eine Lösung  
66 einfallen lassen sollen. Die Geburtenrate im Jahr 1996 lag laut „Statista“ bei 16.594.  
67 Allein im Jahr 2016 lag sie schon bei 21.480 und mittlerweile leben über 2.000.000  
68 Menschen in der Hansestadt. Trotz alternder Gesellschaft ist Hamburg also seit dem  
69 letzten Jahrhundert gewachsen und so hat sich auch die Bevölkerung vergrößert. Dass  
70 auf Grundlage veralteter Listen aus dem letzten Jahrhundert entschieden wird, wessen  
71 Kinder – die unverschuldet wegen angeborener Behinderungen, Krankheiten oder  
72 sonstigen Schicksalsschlägen auf Hilfe angewiesen sind – zur Schule gefahren werden  
73 sollen ist unzeitgemäß, unverhältnismäßig und widerspricht dem Gedanken der  
74 sozialen Gerechtigkeit. Dieser Missstand herrscht nun seit über zwei Jahrzehnten und  
75 sollte zugunsten der Familien von Kindern mit Behinderungen, die das verwundbarste  
76 Glied unserer Gesellschaft bilden und am meisten auf die Hilfe des Staates angewiesen  
77 sind, behoben werden.

<b>B14</b>	Antragsteller:in:	Juso-Hochschulgruppe an der Uni Hamburg
	Beschluss:	In geänderter Fassung angenommen

1 **BAföG wirklich reformieren – gegen eine Reform stimmen, die keine ist.**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Kenntnissgabe an die SPD-  
4 Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Mitglieder des Senates beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates sollen darauf hinwirken, dass bei der  
8 Abstimmung über die 29. BAföG-Reform im Bundesrat der Vermittlungsausschuss angerufen  
9 wird. Im Vermittlungsausschuss sollen sich die Vertreter:innen der freien und Hansestadt  
10 Hamburg für eine Erhöhung des BAföGs auf ein armutsfestes Niveau, ein zusätzliches  
11 Flexibilitätssemester und eine Anpassung der Wohnpauschale auf ein für deutsch Städte  
12 realistisches Niveau einsetzen. Dazu soll darauf hingewirkt werden, dass das  
13 Bundesausbildungsförderungsgesetz wie folgt geändert wird:

14 1. In § 13 Abs. 1 Nr. 2 BAföG wird die Zahl „452“ (Stand: 17.06.2024) bzw. „475“ (ab 01.08.2024)  
15 ersetzt durch „520“.

16 2. In § 13 Abs. 2 Nr. 2 BAföG wird die Zahl „360“ (Stand: 17.06.2024) bzw. „380“ (ab 01.08.2024)  
17 ersetzt durch „410“.

18 Daneben soll geprüft werden, inwieweit die Fördersätze dynamisch an die Düsseldorfer Tabelle  
19 gekoppelt werden können.

20 **Begründung:**

21 Die 29. Bafög-Reform die am 13.06.2024 im Bundestag beschlossen wurde ist in keiner Weise  
22 hinreichend. Während 75% aller Studierenden, die nicht mehr bei ihren Eltern leben, als arm  
23 gelten und die Durchschnittsmiete für ein WG Zimmer in Hamburg an der Marke von 600€  
24 kratzen, hebt der Bundestag die Bedarfssätze um 43€ (5%) und die Wohnpauschale um 20€  
25 auf realitätsferne 380€.

26 Im Generellen hat sich das BAföG seit der Einführung von einem Vollzuschuss den knapp die  
27 Hälfte aller Studierenden zustand, zu einem Teildarlehen, welches mittlerweile nur noch 15%  
28 aller Studierenden beziehen. Diesen Trend gilt es aufzuhalten.  
29 Die Einführung des Flexisemesters, also einem zusätzlichen Semester über die  
30 Regelstudienzeit hinaus begrüßen wir. Dass es allerdings nur ein Semester sein soll, welches  
31 auch noch kompliziert beantragt werden muss, geht an der Lebensrealität von Studierenden

Landesdelegiertenkonferenz 2024.2  
22. Juni 2024



32 vorbei. So beginnen die Meisten Studiengänge im Wintersemester, zwischen  
33 Bachelorabschluss und Masterbeginn, läge mit dem Flexisemester daher noch ein komplett  
34 ungeförderes Semester. Dort muss die Reform die Lebensrealität der Studierenden abbilden.  
35 Die 29. BAföG-Reform ist perspektivisch die letzte große Reform des BAföG für die nächsten 2  
36 Jahre, Daher muss die Reform so schnell wie möglich nachgebessert werden. Armut unter  
37 Studierenden muss jetzt effizient bekämpft werden.

<b>B15</b>	Antragsteller*in:	<i>Juso Hochschulgruppe Uni HH</i>
	Beschluss:	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Schluss mit rechten Narrativen: Für eine SPD ohne rechtskonservative Einflüsse**  
2 **und menschenfeindliche Abschiebepolitik**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg soll zur Weiterleitung über den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg an den Bundesparteitag und die Bundeskonferenz der  
6 Jusos beschließen:

7

8 **Forderung:**

9 Wir fordern unsere Partei auf, sich klar von rechtskonservativen und rechtsnationalistischen  
10 Positionen abzugrenzen. Die Parteispitze sowie Entscheidungsträger\*innen in kommunalen  
11 und regionalen Funktionen müssen aufhören, rechten Narrativen zu folgen und die Grundwerte  
12 unserer Partei zu verraten. Zukünftige Kandidierende und Wahlprogramme müssen sich  
13 deutlich gegen den Rechtsruck positionieren und dürfen keine populistische Hetze gegen  
14 Geflüchtete unterstützen.

15

16 Des Weiteren fordern wir unsere Partei auf, die von Bundeskanzler Olaf Scholz geforderte  
17 verschärfte Abschiebep Praxis abzulehnen, da dies Kernthemen der Rechten bedient und nicht  
18 mit den humanitären Werten der Sozialdemokratie vereinbar ist. Sozialdemokratische Politik  
19 muss sich auch weiterhin auf humanitäre Werte stützen und menschenwürdige Lösungen in  
20 der Migrationspolitik suchen. Insbesondere lehnen wir Abschiebungen in Unrechtsstaaten wie  
21 Afghanistan, Iran und Syrien strikt ab.

22

23 **Begründung:**

24 Die zunehmende Akzeptanz rechter Ideologien bedroht die demokratischen Werte, die unsere  
25 Partei seit jeher verteidigt. Eine klare Abgrenzung und ein aktives Engagement gegen Rechts  
26 sind unerlässlich, um die Glaubwürdigkeit und Integrität der SPD zu bewahren. Das Bekenntnis  
27 von Bundeskanzler Olaf Scholz zu mehr Abschiebungen – auch in Unrechtsstaaten wie  
28 Afghanistan, Iran und Syrien – ist alarmierend und wird von uns scharf kritisiert. Es bedarf einer  
29 sozialdemokratischen Politik mit humanitären Werten. Mit der Erweiterung unserer  
30 Forderungen wollen wir sicherstellen, dass wir auch auf gesellschaftlicher Ebene einen Beitrag  
31 zur Bekämpfung des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft leisten und die Grundwerte der SPD  
32 bewahren.

<b>B16</b>	Antragsteller:in:	Jusos Bergedorf
	Beschluss:	Annahme

1 **Eine zukunftsfähige Post ohne übermäßige Nachteile für Bürger\*innen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Parteivorstand und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Der Senat wird aufgefordert, sich im Zuge der Beratungen im Bundesrat über die Novelle des  
9 Postgesetzes dafür einzusetzen, dass die Briefzustellzeiten bürger\*innenfreundlicher gestaltet  
10 werden als im durch den Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf. Dabei soll die Zielzeit für  
11 90% der Briefe der zweite Werktag nach Einwurf sein und für 99% der Briefe der dritte. Damit  
12 bleibt das Ziel der Verringerung des Zeitdrucks bei der Briefzustellung erhalten. Gleichzeitig  
13 wird dieses niederschwellig zugängliche und rechtssichere Kommunikationsmittel nicht  
14 übermäßig zu Lasten der Bürger\*innen verschlechtert. In Betracht gezogen werden sollte eher  
15 ein postfreier Tag.

16

17 Zudem möge sich der Senat dafür einsetzen, dass die Versandschlusszeiten an einigen  
18 zentralen Orten in Hamburg wieder auf 20 Uhr ausgeweitet werden.

19

20 **Begründung:**

21

22 erfolgt mündlich.